

HERWIG HÖSELE
über die Chance des ORF
in der tiefen Krise

Politikeinfluss einen Riegel vorschieben

Medienpolitik war in Österreich aus Sicht der Parteien nie wirklich von der Frage geleitet: „Wie wird Unabhängigkeit, Qualität und Vielfalt am besten gefördert“, sondern eigentlich immer von folgender: „Wie kann am wirksamsten Kontrolle ausgeübt werden, damit unliebsame Fragen und Meldungen unterbleiben und möglichst viel Hofberichterstattung erfolgt.“ Bei Radio und TV wurde dem frechen Treiben der damaligen großen Koalition durch das von den unabhängigen Zeitungen Mitte der 1960er getragene Volksbegehren ein vorläufiges Ende gesetzt und der ORF geschaffen, der unter dem legendären Gerd Bacher eine Blütezeit erlebte. Die nicht mehr so große Koalition des Jahres 2009 wollte erneut mit politischen Uralt-Methoden den ORF in den Griff kriegen. Der Handstreich scheiterte.

Eine Chance, die in der tiefen Krise ergriffen werden sollte, denn die Quoten sind im Sinkflug: Von über 50 Prozent Marktanteil 1999 auf 34 Prozent im Juli 2009, wobei nur 11,6 Prozent auf ORF 1 entfallen. Die Werbeeinnahmen fallen, die Bilanzen der Jahre 2008 und 2009 sind tiefrot.

ORF 1 ist nicht mehr von den deutschsprachigen gebührenfreien Kommerzsendern zu un-

terscheiden und hauptsächlich ein Abspielkanal für US-Filme. Die Gebührenlegitimation erfordert aber zwingend ein unverwechselbares öffentlich-rechtliches Profil. Vorschläge:

Verzicht auf ORF 1 und Werbung bei gleichzeitigem Ersatz der Gebührenbefreiungen, dafür Konzentration auf „public value“, also ORF 2 plus Spartenkanäle (z. B. Info & Doku, Kunst & Kultur, Kinder, Sport), „Morgenshow mit News“. Die Landesstudios sollten durchaus mehr Programmverantwortung übernehmen. Die Gebührenfestlegung sollte einem unabhängigen Gremium übertragen werden.

Für den kommerziellen ORF 1 sind durchaus unter dem Dach des ORF Kooperationen mit Privaten denkbar.

Um der Einflussnahme der Politik, die sowohl der Kontinuität als auch der Unabhängigkeit schadet, einen Riegel vorzuschieben, wären erstens ein

Ausschluss der Betriebsräte von der Wahl der Geschäftsführung und zweitens ein den Regierungsmehrheiten entzogener Aufsichtsrat nötig. Dieser könnte erstmalig mit Zweidrittel-Mehrheit des Parlaments eingesetzt werden, aus Fachleuten bestehen und sich dann selbst ergänzen.

Herwig Hösele

DIE THESE

Sowohl demokratische als auch kulturpolitisch ist eine ORF-Neupositionierung unverzichtbar.